INTERVIEW GÜNTER MATHEIS, PRÄSIDENT DER LANDESÄRZTEKAMMER

„Für Patienten werden die Wege länger“

Die Krankenhauslandschaft wird sich verändern. Was getan werden muss, um die medizinische Versorgung aufrechtzuerhalten.

TRIER Das Gesundheitswesen in Deutschland steht vor grundlegenden Reformen. Die Krankenhauslandschaft wird sich grundlegend verändern, kleinere Häuser sollen für die Basisversorgung zuständig sein, große Kliniken für spezielle Behandlungen. Im ambulanten Bereich wird es immer weniger niedergelassene Ärzte geben. Die Folge: Patienten müssen künftig weiter fahren, um einen Arzt oder eine für sie geeignete Klinik zu finden.

Dazu und zum Selbstverständnis der Landesärztekammer äußert sich deren Präsident Günther Matheis. Am kommenden Samstag feiert die Kammer ihr 75-jähriges Bestehen. Die Fragen an Matheis, der Chirurg im Trierer Brüderkrankenhaus ist, stellte unser Redakteur Bernd Wientjes.

Herr Matheis, immer wieder wird Kritik an der Existenz von Kammern, ob Industrie- und Handelskammer oder Pflegekammer geübt. Warum braucht es eine Ärztekammer, und worin unterscheidet sich diese von den anderen Kammern?

GÜNTHER MATHEIS Die Aufgaben der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz gehen über die Interessensvertretung aller Ärztinnen und Ärzte in Rheinland-Pfalz hinaus. Die Landesärztekammer entwickelt die Berufsordnung stetig weiter und überwacht die Einhaltung. Zudem regelt sie die Fort- und Weiterbildung. Eine wichtige Aufgabe der Landesärztekammer ist es, die Grundlage für die Ausübung des freien Berufs des Arztes zu schaffen. Die Unabhängigkeit des Freiberuflers ist die Basis für ein vertrauensvolles Arzt-Patienten-Verhältnis. Darin besteht auch der Unterschied zu anderen Kammern. Die Unabhängigkeit

Günther Matheis, Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz. FOTO: PRIVAT

von den Interessen Dritter ist für die Menschen, die sich uns anvertrauen, unseren Diagnosen und therapeutischen Vorschlägen Glauben schenken, ein wichtiger Bestandteil.

Welche Aufgabe hat die Ärztekammer auch im Hinblick auf Patienten?

MATHEIS Gerade die Wahrung der Freiheit unseres Berufs ist wesentlich für die Patienten. Wir müssen die Freiheit haben, auf die Einzigartigkeit unserer Patientinnen und Patienten einzugehen – frei von Weisung anderer. Wir sind ausschließlich dem Wohl unserer Patienten verpflichtet. Dies gilt unabhängig davon, ob ärztliche Tätigkeit selbstständig oder angestellt, ambulant oder stationär ausgeübt wird. Qualitätssicherung in der Behandlung und damit einhergehende Patientensicherheit haben oberste Priorität und werden von uns ständig überprüft.

Wie haben sich die Aufgaben der Kammer in den vergangenen Jahren gewandelt? Ist die Kammer heute ein Stück weit politischer geworden?

MATHEIS Die Aufgaben der Kammer sind in den vergangenen Jahren gewachsen und tatsächlich hat die Landesärztekammer Rheinland-Pfalz im Laufe der Jahre eine zunehmend politische Rolle eingenommen. Die gesundheitspolitischen Entwicklungen erfordern, dass die Kammer verstärkt

Die Kliniken stehen mit der Krankehausreform vor einer enormen Veränderung. SYMBOLFOTO: DPA

den Blickwinkel der Ärzteschaft darstellt und Fachexpertise mit einbringt. Zudem hat die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Verbänden im Gesundheitswesen zugenommen, um gemeinsame Positionen zu entwickeln. Der Gesetzgeber ist grundsätzlich klug beraten, wenn er bei Entscheidungen den Sachverstand von denen, die ein Realerleben in der Patientenversorgung haben, einbezieht.

Wie definieren Sie als Kammerpräsident ihre Aufgabe? Sind Sie Sprachrohr der Ärzte oder auch Sprachrohr der Patienten?

MATHEIS In erster Linie vertrete ich die Interessen der gesamten Ärzteschaft in Rheinland-Pfalz und bringe meine Expertise in zahlreiche Gremien im Land ein. Doch bei allem wird natürlich das Wohl der Patienten mitgedacht. Ein besonderes Anliegen ist für mich die Organspende. Ich bin dabei auch auf Bundesebene in Ausschüssen vertreten.

Was sind aus Ihrer Sicht die drängendsten Probleme im Gesundheitswesen in Rheinland-Pfalz?

MATHEIS Der Fachkräftemangel ist das drängendste Problem im Gesundheitswesen und erstreckt sich über alle Berufsgruppen. Wir müssen den Menschen klarmachen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung eine Restrukturierung der Gesundheitsversorgung unumgänglich ist. Das betrifft sowohl den ambulanten als auch den stationären Sektor. Es wird zu längeren Wegen und Wartezeiten kommen. Damit all dies ohne Qualitätseinbußen vonstattengeht, ist eine Strukturreform der Krankenhauslandschaft und eine Neuordnung der Notfallversorgung alternativlos.

Die bisherigen Konzepte für eine bessere ambulante Versorgung haben noch nicht so sehr gefruchtet. Noch immer fehlen vielerorts niedergelassene Ärzte und der Mangel droht sich weiter zu verschärfen. Was also muss getan werden?

MATHEIS Eine Lösung allein gibt es dafür nicht. Stattdessen müssen viele Dinge ineinandergreifen, um die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau zu erhalten. Dazu braucht es zuerst mehr Medizinstudienplätze. Dringend notwendig sind ein Bürokratieabbau und die Weiterentwicklung der Digitalisierung. Als Beispiel sei die digitale Patientenakte genannt. Natürlich müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen speziell im ambulanten Bereich angemessen sein und Kooperationen beider Sektoren sollten erleichtert werden.

Sind die Deutschen zu anspruchsvoll, was die ärztliche Versorgung angeht? In kaum einem anderen Land gehen Menschen öfter zum Arzt als in Deutschland. Und in kaum einem anderen Land gibt es noch immer so viele selbstständige Ärzte. Was können wir diesbezüglich von anderen Ländern lernen?

MATHEIS Tatsächlich gibt kein anderes Land so viel Geld für das Gesundheitswesen aus wie Deutschland. Auch unser Anspruchsdenken muss seitens der Politik an ein realistisches Maß angepasst werden. Es liegt aber auch daran, dass das Gesundheitswesen nicht effizient genug ist: Kontrollzwang im stationären Bereich, Stichwort Medizinischer Dienst, und unzureichender Informationsfluss verursachen Kosten und binden Personal. In anderen Ländern funktioniert das besser – auch mit Blick auf die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe hin zu einem multiprofessionellen Team.

Blicken wir auf die geplante Krankenhausreform: Machen Ihnen die Pläne von Herrn Lauterbach Sorge? Was bedeuten diese für Rheinland-Pfalz?

MATHEIS Eine Krankenhausreform ist dringend nötig. Ohne eine Reform steht uns ein unkontrolliertes Krankenhaussterben bevor. Wir müssen Doppelstrukturen in räumlicher Nähe abschaffen und über die Level-Einteilung die Qualität nachhaltig sichern. Die Vergütungsstruktur der Krankenhäuser muss sich ändern. Höchstes Ziel muss bleiben: Patientinnen und Patienten zur richtigen Zeit und am geeigneten Ort bestmöglich zu behandeln – entsprechend ihrem medizinischen Bedarf und dem anerkannten Stand der Wissenschaft.

Immer mehr Kliniken im Land machen dicht oder reduzieren ihr Angebot, zuletzt Zell, davor Hermeskeil und Gerolstein. Auf was müssen sich die Patienten im Land künftig einstellen?

MATHEIS Für die Patientinnen und Patienten werden die Wege etwas länger werden. Dafür werden die Menschen aber dort behandelt werden, wo sie mit ihrem Problem die notwendige Expertise erwarten dürfen.

Die Fragen stellte Bernd Wientjes.

Neues im Fall Karin Weißenfels: Jetzt tickt die Uhr bis Mitte Oktober

Vor dem Trierer Arbeitsgericht ging es erneut um den Umgang mit Missbrauchsopfern und die Frage: Darf das Bistum Trier die Personalakte der Gemeindeangestellten schwärzen?

VON MAREK FRITZEN

TRIER Der Fall Karin Weißenfels, er wird das Trierer Arbeitsgericht womöglich noch weiter beschäftigen: In einer Verhandlung am Donnerstagvormittag einigten sich beide Seiten – das Bistum unter anderem vertreten vom Rechtsanwalt Lukas Jönsson aus Köln sowie die Klägerin Karin Weißenfels mit ihrem Verteidiger Joachim Weber aus Bitburg – zwar auf Vergleichsgespräche außerhalb des Gerichts. Doch: Sollten diese, so hielt es Richterin Melanie Riske in der Verhandlung am Donnerstag fest, scheitern und bis zum 15. Oktober keine Einigung gefunden werden, treffen sich beide Seiten vor dem Arbeitsgericht in der Dietrichstraße wieder. Dort würde dann ein Urteil gefällt.

Im Mittelpunkt des Prozesses steht die Frage, ob das Bistum die Personalakte der Gemeindeangestellten Karin Weißenfels – offenbar großflächig – schwärzen durfte. Die Frau, die unter Pseudonym auftritt und auch zur Verhandlung am Donnerstag wieder mit Kopftuch, Sonnenbrille und Mundschutz erschien, will ihre Personalakte dagegen vollständig und ungeschwärzt einsehen.

Karin Weißenfels war vor vielen Jahren von einem katholischen Priester lange Zeit sexuell missbraucht worden. Als sie schwanger wurde, wurde sie von dem Geistlichen und ihrem Beichtvater zur Abtreibung gedrängt. Karin Weißenfels ist dadurch schwer traumatisiert, wurde für den Missbrauch auch finanziell entschädigt.

Nachdem der Trierer Bischof den Klarnamen der Frau in einer Videokonferenz mit 40 Mitarbeitern enthüllt hatte, rissen bei der Bistumsangestellten alte Wunden wieder auf. Deshalb klagte sie erfolgreich auf Schmerzensgeld, bekam vom Trierer Arbeitsgericht 20.000 Euro zugesprochen. Weißenfels glaubt, dass in ihrem Fall noch vieles im Dunkeln ist und will deshalb in ihren Personalakten sehen, wer was wann gemacht oder veranlasst hat. Deshalb klagt die Frau gegen das Bistum auf Einsicht in ihre vollständige Personalakte. Nachdem ein Gütetermin Anfang des Jahres gescheitert war, kam es nun zum nächsten Verhandlungstermin.

Während der rund zweistündigen Sitzung am Donnerstag trug Weißenfels immer wieder emotional vor. So fragte sie in Richtung Bistum: „Was muss denn da alles hinter den Schwärzungen stecken, die Sie mir nicht vorlegen? Wir reden hier von Massen von Dokumenten. Das muss schon sehr viel sein, das Sie zu verbergen haben.“

Im Gespräch mit dem Volksfreund nannte Weißenfels‘ Anwalt Joachim Weber die nun anstehenden Vergleichsgespräche „einen Schritt in die richtige Richtung“.

Preise für Bus und Bahn steigen leicht

Wer in der Region mit Bus und Bahn fährt, muss im kommenden Jahr mehr zahlen. Die Tickets werden teurer. Wie die Preise steigen werden.

VON BERND WIENTJES

TRIER Die Preise für Tickets im Nahverkehr in der Region werden im kommenden Jahr teurer. Das hat der Zweckverband Verkehrsverbund Region Trier (VRT) am Dienstagabend bei seiner Sitzung in Saarburg beschlossen.

Demnach sollen die Preise ab Januar im Schnitt um 0,59 Prozent steigen. Der VRT spricht von einer „moderaten Tarifanpassung“. Diese sei notwendig wegen der Kostensteigerungen bei den Verkehrsunternehmen. Einzelne Tickets in verschiedenen Preisstufen verteuern sich dadurch. Um wie viel kann noch nicht gesagt werden. Zu Beginn dieses Jahres wurden die Ticketpreise im Bereich des VRT um im Schnitt 9,87 Prozent erhöht.

Unabhängig von dem Beschluss des VRT verteuert sich im kommenden Jahr auch das Deutschlandticket. Es kostet derzeit 49 Euro. Vom kommenden Jahr an sollen es 58 Euro pro Monat sein. Die Verkehrsminister der Länder verständigten sich auf eine Erhöhung um 9 Euro ab dem 1. Januar 2025. Die rheinland-pfälzische Mobilitätsministerin Katrin Eder (Grüne) hat die Preiserhöhung des Deutschlandtickets als unvermeidbar bezeichnet. Da die Zuschüsse zum Deutschlandticket von Bund und Ländern auf jeweils 1,5 Milliarden Euro gedeckelt seien, wäre das Ticket ohne die Erhöhung des Preises nicht mehr vollständig finanzierbar gewesen, erklärte die Ministerin in Mainz.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch

Anzeige